

EU-Strategie zur Unterstützung, zum Schutz und Stärkung der Zivilgesellschaft



Foto: © Peter Freitag / pixelio.de

Die Europäische Kommission hat am 12. November 2025 die „EU -Strategie zur Unterstützung, zum Schutz und zur Stärkung der Zivilgesellschaft“ vorgelegt mit dem Ziel die Demokratie in Europa zu stärken, zu schützen und zu fördern.

Die Zivilgesellschaft leistet wichtige Beiträge zur Politikgestaltung, zu sozialen Diensten und zur Vertretung benachteiligter Gruppen. Mit der Strategie für die Zivilgesellschaft will die EU-Kommission die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken sowie deren Arbeit durch Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene unterstützen und schützen.

Die Entstehung der EU-Strategie

In ihren politischen Leitlinien, die den strategischen Kurs der EU setzen, widmete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen der Rolle der europäischen Bürger:innen besondere Aufmerksamkeit. Sie versprach die Stimme der Bürger:innen zu stärken und die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organizations / CSOs) zu intensivieren. Deswegen kündigte die EU-Kommission im Arbeitsprogramm 2025 eine nicht legislative Initiative zu einer EU-Strategie zur Unterstützung, zum Schutz und zur Stärkung der Zivilgesellschaft an. Am 12. November 2025 wurde dann die EU-Strategie für die Zivilgesell-

schaft veröffentlicht. Das Dokument baut auf bestehenden Strukturen auf und legt konkrete Maßnahmen für CSOs innerhalb und außerhalb der EU fest.

Inhalte der EU-Strategie

Der Begriff CSO bezieht sich in der Strategie auf nicht-staatliche, gemeinnützige, unabhängige, überparteiliche und gewaltfreie Organisationen. Menschen in diesen Organisationen verfolgen und verteidigen gemeinsame Ziele und Ideale. Gemeinsam haben die durch die EU-Strategie geschützten Organisationen, dass sie rechenschaftspflichtig, unabhängig und transparent sind und die zentralen Werte der EU – Demokratie, Würde und Freiheiten – achten.

Die Strategie hat folgende drei Hauptziele:

- Förderung des Engagements: Die Einrichtung einer Plattform der Zivilgesellschaft soll den Dialog über den Schutz und die Förderung der europäischen Werte erleichtern.
- Unterstützung und Schutz: Ein Online-Wissenszentrum für den zivilgesellschaftlichen Raum soll den Zugang zu Projekten und Instrumenten erleichtern. Außerdem sollen Schutzmaßnahmen geprüft werden.

- Nachhaltige und transparente Finanzierung: Der finanzielle Rahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen soll erhöht und der Zugang zu Finanzierungsquellen erleichtert werden.

In Bezug auf das erste Hauptziel „Förderung des Engagements“ wird in der Strategie anerkannt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Ansprechpartner für die EU-Institutionen sind, da sie Beratung und Fachwissen bereitstellen und zur Gestaltung der EU-Politik beitragen.

Die Strategie umfasst 10 Leitprinzipien für den Dialog mit der Zivilgesellschaft:

- Partnerschaft: Proaktive Beiträge sollen gewährleistet werden.
- Umfassend: Die Zivilgesellschaft muss sich in verschiedenen Phasen der Politikgestaltung beteiligen können.
- Vorhersehbarkeit und Regelmäßigkeit des Dialogs
- Transparenz: Es braucht eine klare Kommunikation und zugängliche Dokumente.
- Repräsentativität: Die Auswahl der Teilnehmer:innen muss unter Berücksichtigung von Unabhängigkeit, Legitimität und Einhaltung der EU-Grundsätze der Organisationen erfolgen.
- Zugänglichkeit: Zugangsbarrieren müssen beseitigt werden.
- Rechenschaftspflicht: Feedback muss auf der Grundlage gegenseitiger Verantwortung und gegenseitigen Vertrauens basieren.
- Ressourcen: Es braucht finanzielle und logistische Unterstützung zur Ermöglichung der Teilnahme an dem Dialog.
- Sicherheit: Eine sichere Teilhabe, in Bezug auf personenbezogene Daten und Vertraulichkeit, muss gewährleistet werden.

Im Fokus des zweiten Hauptziels „Unterstützung und Schutz“ steht die Anerkennung von Schwierigkeiten – wie Hass, Drohungen und Desinformationskampagnen – mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen bei ihrer Arbeit konfrontiert sein können. Hier braucht es gezielte Maßnahmen. Zusätzlich zu den bestehenden Instrumenten hat sich die EU-Kommission verpflichtet, die Einrichtung einer Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zu unterstützen. Die Plattform soll die bestehenden Initiativen zur Beobachtung des zivilgesellschaftlichen Raums, sowie zu Berichten und Schutzmaßnahmen dokumentieren. Weiters sollen Möglichkeiten zur Stärkung gefährdeter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Menschenrechtsverteidiger in der EU geprüft werden. Die EU-Kommission möchte Schulungen für Justizfachkräfte zu SLAPPs (Strategic Lawsuit Against Public Participation), die sich gegen zivilgesellschaftliche Organisationen richten, sowie zu Rechtsstreitigkeiten unterstützen. Unter

SLAPP versteht man eine strategische Einschüchterungsklage von Unternehmen, Politiker:innen oder mächtigen Personen, die missbräuchliche Gerichtsverfahren nutzen, um Kritiker:innen, Journalist:innen und NGOs mundtot zu machen.

Das dritte Hauptziel der EU-Kommission „nachhaltige und transparente Finanzierung“ hebt die Bedeutung einer angemessenen und langfristigen öffentlichen oder privaten Finanzierung hervor. Für die private Finanzierung muss ein günstiges Umfeld für Spender:innen geschaffen werden. Die EU ist bereits an mehreren Projekten finanziell beteiligt. Verwaltungsabläufe und Bürokratie werden überarbeitet und vereinfacht, um Auszahlungen an Basisorganisationen zu ermöglichen. Die EU-Kommission wird den Dialog fördern, um mögliche Finanzierungslücken zu erkennen.

In Bezug auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft außerhalb der EU hat sich die EU-Kommission verpflichtet, den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen Politikbereichen auch über die EU-Delegationen zu stärken, zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Ausarbeitung des EU-Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie zu konsultieren und die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an multilateralen Foren zu intensivieren.

Positionen von Organisationen der Zivilgesellschaft

Im Folgenden werden die Positionen von zwei europäischen Dachorganisationen der Zivilgesellschaft „European Civic Forum“ und „Civil Society Europe“ dargestellt.

Position European Civic Forum

Die Strategie, für die sich das European Civic Forum (ECF) und die Zivilgesellschaft seit langem einsetzen, wurde in einer Zeit veröffentlicht, in der die Grundlagen der Demokratie, gemeinnützige Organisationen und Menschenrechtsverteidiger, wiederholt politischen Angriffen ausgesetzt sind. Die EU-Kommission muss sicherstellen, dass die Strategie ihr Versprechen einlöst, einen lebendigen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Raum zu fördern. ECF begrüßt die Anerkennung der vielfältigen demokratischen Rollen der Zivilgesellschaft. Die Strategie fordert die europäischen und nationalen Behörden auf, zivilgesellschaftliche Organisationen in allen Phasen der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung öffentlicher Politik einzubeziehen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen angemessene Finanzierung und Schutz zu gewähren.

Position Civil Society Europe

Civil Society Europe (CSE) fordert gemeinsam mit der Zivilgesellschaft auf nationaler und europäischer Ebene

ne bereits seit mehreren Jahren eine Strategie für die Zivilgesellschaft. Die Strategie unterstreicht die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Politikgestaltung, beim Vertreten von verschiedenen Gruppen, bei der Stärkung der Demokratie innerhalb und außerhalb der EU sowie bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

CSE begrüßt die zehn Leitprinzipien für den Dialog mit der Zivilgesellschaft, die als Rahmen für die Umsetzung des zivilgesellschaftlichen Dialogs dienen sollen. Ebenso begrüßt CSE, dass der Schwerpunkt auf der Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Zivilgesellschaft sowie auf der Beobachtung des Umfelds liegt, in dem die Zivilgesellschaft tätig ist, um klare Daten und zentralisierte Informationen zu erarbeiten, so zum Beispiel zu den Lücken beim Schutz der Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, weitere Maßnahmen in diesem Schlüsselbereich zu prüfen.

Bei der Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum sollte das Fachwissen der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung dieser Plattform einbezogen werden. CSE ist davon überzeugt, dass die Einführung eines Überwachungs- und Warnmechanismus, der Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums überwacht und eine schnelle Reaktion ermöglicht, von entscheidender Bedeutung sein wird. Dies sollte durch Hubs ergänzt werden, die Menschenrechtsverteidiger und angegriffene Organisationen durch finanzielle, rechtliche und psychosoziale Unterstützung schützen. Die Zusage, die Zivilgesellschaft im nächsten langfristigen EU-Haushalt zu unterstützen, insbesondere durch die „Agora EU“ und im Rahmen der Außenpolitik, ist positiv zu bewerten. Civil Society Europe setzt sich nachdrücklich für eine erfolgreiche Umsetzung und Stärkung der Strategie für die Zivilgesellschaft ein.

Ausblick

Die Zivilgesellschaft ist entscheidend für die Demokratie in der EU und darüber hinaus. Die Beteiligung

der Zivilgesellschaft in einem Raum frei von Bedrohungen und Angriffen trägt dazu bei, die Werte der EU zu fördern und zu schützen. Die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft schafft die Grundlage für ein verstärktes Engagement, mehr Unterstützung und Schutz sowie eine gestärkte Zivilgesellschaft. Sie schlägt ein Maßnahmenpaket vor, um den Schutz und die Unterstützung der Zivilgesellschaft wirksam zu verbessern und eine effektive und sinnvolle Zusammenarbeit mit Entscheidungsträger:innen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene sowie im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU zu ermöglichen. Die Umsetzung dieser Strategie erfordert Anstrengungen auf der europäischen und nationalen Ebene. Es braucht aktive Beiträge der EU-Institutionen, EU-Gremien, EU-Agenturen, EU-Mitgliedstaaten und EU-Beitrittskandidaten, um Maßnahmen der Strategie erfolgreich zu implementieren.

Auf globaler Ebene wird die EU weiterhin mit ihren Partnerländern und internationalen Organisationen zusammenarbeiten, um ein günstiges Umfeld für die Zivilgesellschaft zu schaffen und um das Engagement, den Schutz und die Unterstützung von CSOs weltweit zu fördern. Die EU-Kommission wird regelmäßig Gespräche mit den Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Agentur der EU für Grundrechte, internationalen Organisationen und anderen relevanten Akteur:innen führen, um die Umsetzung der Maßnahmen und eine Bestandsaufnahme der Fortschritte sicherzustellen.

Die Unterstützung für CSOs sollte auch im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 abgebildet sein, wobei Finanzierungsverfahren vereinfacht, der Verwaltungsaufwand verringert und der Zugang zu finanziellen Mitteln durch benutzerfreundliche digitale Instrumente verbessert werden müssen.

Autorin: *Simona Steiner*

Quellen:

Bundeskanzleramt: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2025/11/neue-strategien-fuer-eine-staerkere-und-resilientere-demokratie.html>

Civil Society Europe: <https://civilsocietyeurope.eu/eu-strategy-to-strengthen-civil-society-unveiled/>

EU-Kommission: https://commission.europa.eu/document/download/8c30975d-bc1c-4415-8dcd-a71cb28f3662_en?filename=JUST_template_comingsoon_standard.pdf

EU-Parlament: <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-protecting-our-democracy-upholding-our-values/file-support-protect-and-empower-the-civil-society>

European Civic Forum: <https://civic-forum.eu/press/european-commission-publishes-long-awaited-civil-society-strategy-in-positive-step-forward>